

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Neues Gemeindegesetz nicht mehr vor den Gemeindewahlen 1995

Entwurf für Neufassung des Landesbürgerrechtes mit der Thematik der Gleichberechtigung – Landtag befasste sich bereits mit Gemeindegesetz

(G.M.) – Das neue Gemeindegesetz wird kaum mehr vor den Gemeindewahlen von 1995 in Kraft treten können. Diese Aussage machte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel im Landtag auf eine kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Werner Ospelt, der sich nach dem Stand der Arbeiten in bezug auf das Gemeindegesetz und das Gesetz über die Bürgergenossenschaften erkundigte. Vorerst soll eine Neufassung des Landesbürgerrechtes an die Hand genommen werden, um den Grundsatz der Gleichberechtigung zum Durchbruch zu verhelfen.

In seiner Antwort auf die Gemeindegesetz-Anfrage wies Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel auf die Landtagssitzung vom 23. Juni 1993 hin, als die Regierungsvorlagen für ein neues Gemeindegesetz und ein Gesetz über die Bürgergenossenschaften in zweiter Lesung durchberaten wurden. In der Diskussion habe sich gezeigt, dass insbesondere der dritte Teil des Gesetzes über das Gemeindebürgerrecht heftig umstritten war. «Zum einen stellten sich hier rechtliche Fragen in bezug auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Büchel, «zum anderen zeigten sich recht komplexe Verfahrensprobleme im Zusammenhang mit der hängigen Gleichberechtigungsmotion und der an-

stehenden Revision des Gesetzes über das Landesbürgerrecht.»

Grundsatz der Gleichberechtigung

Das Ressort Inneres hat nach seiner Erklärung im Anschluss an die Landtagssitzung festgestellt, dass zunächst dem Gleichberechtigungsgrundsatz mehr Beachtung geschenkt werden müsse, bevor an anderen offenen Fragen der Gemeindegesetzvorlage weitergearbeitet werden könne. Ein erster Entwurf für eine Neufassung des Landesbürgerrechtes liege bereits vor, so dass sich die Regierung damit befassen und anschliessend einen Gesetzesentwurf dem Landtag unterbreiten könne. Auf einen genauen Zeitpunkt, bis wann sich das Parlament im Besitze dieser Vorlage befindet, wollte sich der Regierungschef-Stellvertreter nicht festlegen.

Die weitere Behandlung des Gemeindegesetzes wird nach Auffassung des Ressortinhabers vor allem davon abhängen, wie die Diskussion zum Landesbürgerrechtsgesetz verlaufe. Aus diesem Grund hält er ein Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes vor den Gemeinderatswahlen 1995 als nicht wahrscheinlich. Die Regierung beabsichtige, gab Thomas Büchel weiter zu verstehen, auch die Vorsteherkonferenz bei einzelnen anstehenden Fragen im Zuge der

Überarbeitung des Gemeindegesetzes einzubeziehen.

Gleichbehandlung von Mann und Frau

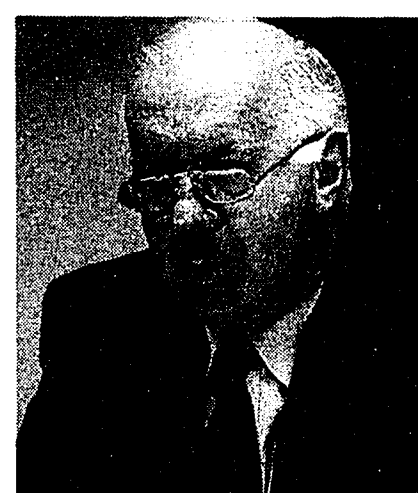
Über die Gleichstellung von Mann und Frau im Gemeindegesetz hatte sich auch die Landtagskommission ausgelassen, die dem Landtag vor etwas mehr als zwei Jahren – nach beinahe zweijähriger Beratung einen Bericht vorlegte. Die Kommission stellte damals fest, dass Landes- und Gemeindebürgerrecht «untrennbar miteinander verbunden» seien, so dass Bestimmungen über die Ungleichbehandlung der Geschlechter im Gemeindegesetz nur eliminiert werden könnten, wenn vorgängig diese Elemente im übergeordneten Gesetz über das Landesbürgerrecht bereinigt seien. Der vom Landesbürgerrecht gesteckte Rahmen sei im Entwurf allerdings voll ausgeschöpft worden, was aber noch nicht zu einer vollen Gleichstellung geführt habe: «So verliert z. B. eine Liechtensteinerin, die einen Liechtensteiner heiratet, nicht mehr von Gesetzes wegen ihr eigenes Gemeindebürgerrecht. Sie kann ihr angestammtes Gemeindebürgerrecht behalten und muss somit dasjenige ihres Mannes nicht mehr von Gesetzes wegen annehmen. Es war jedoch aufgrund der geltenden Landesgesetzgebung nicht möglich, im Gemeindegesetzentwurf vorzusehen, dass die ehelichen Kinder

einer Liechtensteinerin auch das Gemeindebürgerrecht ihrer Mutter erwerben können.»

Zu wenig zukunftsorientiert?

Im Landtag konnten sich verschiedene Abgeordnete, die erstmals mit den Vorlagen für das neue Gemeindegesetz und das Gesetz über die Bürgergenossenschaften konfrontiert wurden, nicht mit diesen Gegebenheiten abfinden, sondern äusserten Kritik am bestehenden Zustand sowie an den Regierungs- und Kommissionsvorlagen. Der FL-Abgeordnete Paul Vogt bezeichnete die Vorlagen als zu stark «am Hergebrachten orientiert», als «zu wenig zukunftsorientiert» und als «zu wenig auf europäische Standards ausgerichtet».

Mühe bekundeten einige Abgeordnete aber auch mit der vorgesehenen Trennung von politischer Gemeinde und Bürgergemeinde. «Der jetzige Rechtszustand ist – zumindest aus verfassungsrechtlicher Sicht bedenklich», befand der Kommissionsvorsitzende Dr. Walter Oehry (VU). Diesem Urteil mochte sich der VU-Abgeordnete Günther Wohlwend bei der ersten Behandlung der Vorlage im Landtag nicht anschliessen, als er ausführte: «In einem kleinen Land wie Liechtenstein ist eine Teilung in zwei Lager ein Rückschritt um ein Jahrhundert.»



Dr. Benno Beck †

Botschafter Dr. Benno Beck, der Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, ist am Wochenende infolge eines tragischen Unfalls im 61. Lebensjahr gestorben. Seiner Frau, den Kindern sowie den weiteren Verwandten sprechen wir unser herzlichstes Beileid zum schmerzlichen Verlust des Gatten und Vaters aus.

Botschafter Dr. Benno Beck war im In- und Ausland eine bekannte Persönlichkeit. Seit gut dreissig Jahren leitete er das Amt für Volkswirtschaft, nachdem er bei der Schaffung dieses Amtes, das anfänglich noch Amt für Industrie und Gewerbe hiess, zu dessen Leiter berufen worden war. Der studierte Ökonom, der mit einer Dissertation über «Die Elektrizitätswirtschaft im Fürstentum Liechtenstein» die Doktorwürde der Universität Fribourg erhalten hatte, baute das Volkswirtschaftsamt auf und trug massgeblich zu dessen Ausbau in den vergangenen drei Jahrzehnten bei. Waren die Aufgaben zu Beginn vor allem auf die Förderung der Binnenwirtschaft ausgerichtet, so erhielt das Amt für Volkswirtschaft im Vorfeld des EFTA-Freihandelsabkommens von 1972 zunehmende Bedeutung im Rahmen der Aussenwirtschaftspolitik.

Aufgrund der vielen internationalen Verhandlungsmandate wurde Dr. Benno Beck zum Botschafter ernannt. An den Verhandlungen zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) war er von Beginn an massgeblich und teilweise auch federführend beteiligt. Mit Dr. Benno Beck verliert unser Land einen Volkswirtschaftler und Diplomaten, der auf eine reiche Erfahrung aus drei Jahrzehnten Tätigkeit an vorderster Front in der Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik zurückgreifen konnte.

Er hinterlässt eine grosse Lücke, die nur schwer zu schliessen ist, gerade in einer Zeit, in der sich Liechtenstein vor einer der grössten Herausforderungen in der Wirtschafts- und Aussenpolitik befindet.

IOC-Präsident Samaranch schloss «die besten Winterspiele»

(Si). «Ha Det Bra Lillehammer» – «Youkoso Naganos»: Die XVII. Olympischen Winterspiele in Norwegen sind beendet. Lillehammer verabschiedete sich mit einer lichterfunkelnden Landschaft am klirrend kalten, sternenklaren Sonntagabend von der olympischen Familie. Eine Friedensbotschaft in das vom grausamen Krieg gekennzeichnete Bosnien und eine Umweltbotschaft für Japan waren die politischen Signale eines Finales voller menschlicher Wärme, mitreissender Dramaturgie und norwegischer Folklore.

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, erklärte um 20.41 Uhr die 17. Winterspiele für beendet, bevor um 21.16 Uhr das olympische Feuer erlosch. An die Bevölkerung Norwegens gerichtet sagte er: «Sie haben der Welt die besten Olympischen Winterspiele aller Zeiten präsentiert.» Die olympische Fahne wurde zu den Klängen der olympischen Hymne, gesungen von 417 Kindern und der norwegischen Sängerin Sissel Kyrkeboe, den Japanern übergeben.

Die Schlussfeier setzte noch einmal Zeichen. 40 000 Lichter, von den Zuschauern im Lysgårdsbakken-Stadion



Die letzte Medaillen-Entscheidung fiel gestern Abend: Die Schweden gewannen das Eishockeyturnier und freuten sich darüber verständlicherweise riesig. Sie gewannen den Final gegen das Team Kanada nach der Verlängerung im Penaltyschieszen und holten sich er damit erstmals Olympia-Gold. (Bild: AP)

mit Taschenlampen erzeugt, symbolisierten den Wunsch nach Frieden in einer Welt, die zehn Jahre nach den Olympischen Spielen von Sarajevo nicht nur in Bosnien weiter von Kriegen gekennzeichnet ist. Sead Bekric, ein 16 Jahre alter Moslem aus Bosnien, der im Bürgerkrieg sein Augenlicht verlor, brachte die Botschaft nach Lillehammer.

250 Volkstänzer und 150 Geiger aus 14 norwegischen Musikvereinen verabschiedeten die königliche wie die olympische Familie in den Alltag. Bürgermeister Audun Tron überbrachte eine Umweltbotschaft an eine Expedition um ihren Leiter Geir Randby. Die Expedition wird im September 1995 die japanische Olympiastadt erreichen, sie postuliert Umweltschutz als dritte olympische Dimension neben Sport und Kultur.

Danach gehörte die Arena wieder der norwegischen Mythologie, den Fabeln und den Volksliedern. Laserstrahlen schrieben SEE YOU IN NAGANO an den Schanzenhügel. Liv Ullmann und Thor Heyerdahl luden die Menschen in der Arena zum Freudentanz ein, im Wald wurden Tausende von Lichtern entzündet, die norwegische Landschaft funkelte.

Schweiz: Öffnung oder Isolation?

Politik der Öffnung mit unsicherem Rückhalt beim Schweizer Volk

Zürich (AP) Die Befürworter von Schweizer Blauhelmen und eines UNO-Beitritts befinden sich zwar seit 1989 im Aufwind. Um für ausserpolitische Vorlagen an der Urne auch eine Mehrheit zu finden, ist aber eine konsequente Haltung des Bundesrates und überzeugende Informationsarbeit nötig. Zu diesem Schluss kommt eine ETH-Studie zum Thema «Öffnung oder Isolation der Schweiz?».

«Blockierung» sei das Stichwort, das die ausser- und sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft der schweizerischen Bevölkerung zurzeit am deutlichsten charakterisiere, schliesst die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich aufgrund einer 1993 durchgeführten Umfrage. Die Einsicht in die Unvermeidlichkeit eines Kurswechsels sei zwar

grundsätzlich vorhanden. Weil es aber an Begeisterung für konkrete Öffnungsschritte fehle und weil oft keine rasch erwerbenden Vorteile sichtbar seien, fehle es an der Motivation, sich konsequent für einen Kurswechsel stark zu machen, schreiben die Autoren Karl W. Haltiner und Kurt R. Spillmann.

Hinzu komme, dass die Politik des Absichtsstehens bis jetzt in der breiten Bevölkerung noch nicht jenen persönlich zu spürenden «Leidensdruck» verursacht habe, der einen raschen Ausbruch aus der Verharrung hätte auslösen können. «Diese Stimmungslage und die Uneinigkeit unter den Kooperationswilligen über die Art und den Grad der Öffnung stärkt die innenpolitische Macht-situation der auf Autonomie pochenden Meinungsgruppe», folgern die Sicherheits- und Konfliktforscher.

EU-Verhandlungen mit Österreich in der Sackgasse

Zweifel am Abschluss der Beitrittsgespräche bis heute – Alpen transit und Fischwirtschaft problematisch

Brüssel (AP) Die Europäische Union hat bei ihren Beitrittsverhandlungen mit Schweden und Finnland am Sonntag in Brüssel entscheidende Fortschritte gemacht, mit Österreich und Norwegen in den Kernfragen jedoch keinen Kompromiss gefunden. Das berichteten Verhandlungsteilnehmer am Sonntagabend in Brüssel, 28 Stunden vor Ablauf der selbstgesetzten Verhandlungsfrist am Montag 24.00 Uhr.

Die grössten Schwierigkeiten im gesamten Verhandlungskomplex waren unverändert die von der EU geforderte Revision des bis 2004 laufenden Alpen transitvertrages mit Österreich und die Einbeziehung der norwegischen Fischwirtschaft in die Marktordnung der Gemeinschaft auf. Die EU will Österreich dazu bringen, schon vor dem Jahr 2004 Lastkraftwagen eine freie Alpendurchfahrt zu gestatten. Ausserdem fordert sie

Zugang zu den norwegischen Fischgründen sowie befristete Einfuhrbeschränkungen für norwegischen Fisch.

Agrarvorschläge abgelehnt

Ferner habe keines der vier Beitrittsländer bisher den Vorschlägen der Union zu Schutzmassnahmen für die alpine und subarktische Landwirtschaft zugestimmt, sagte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Ursula Seiler-Albring. Strittig seien sowohl Umfang und Finanzierung der Zuschüsse für die Landwirtschaft als auch der Wunsch der EU, mit dem Verzicht auf jegliche Handelsperren die Agrarpreise in den Beitrittsländern unverzüglich auf EU-Niveau abzusenken. Wegen der schwierigen klimatischen Bedingungen sind Agrarerzeugnisse vor allem in Österreich, Norwegen und Finnland deutlich teurer als in der Union.

Der griechische EU-Ratsvorsitzende und Europaminister Theodoros Pangalos eröffnete angesichts der verhärteten Fronten die Perspektive einer Verlängerung der Beitrittsverhandlungen mit Österreich und Norwegen bis in den Juni hinein. Wenn sich weiter keine Bewegung abzeichne, müssten die Aussenminister der zwölf am Montag den politischen Durchbruch suchen, entgegnete Frau Seiler-Albring. Auf EU-Seite wurden die Verhandlungen am Wochenende überwiegend auf Staatssekretärsbene geführt.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Beitrittsverhandlungen bis Montag 24.00 Uhr mit einer politischen Grundsatzvereinbarung abzuschliessen. Das geplante Beitrittsdatum 1. Januar 1995 gilt als gefährdet, wenn bis Anfang März keine Einigung über die Beitrittsbedingungen erreicht wird.